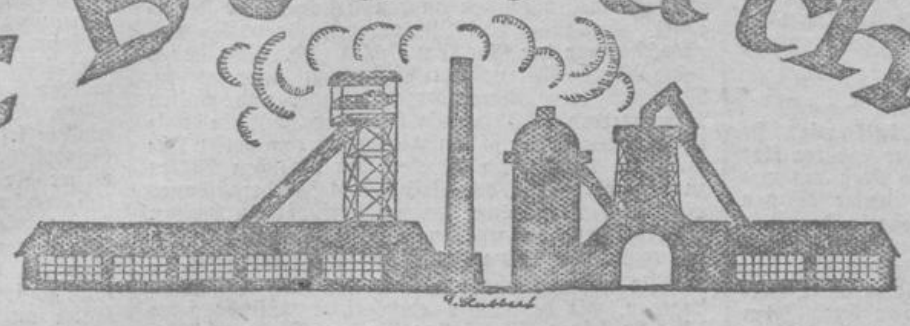
Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet **vierteljährlich M. 9.00** ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle **Brüderweg 1** und der Druckerei **Obergraben 5/1**	**Samstag 16. September 1922**	**Anzeigen** finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die einspaltige mm-Zeile kostet **2.50 M.**, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	**Nr. 37**

Inhalt der Nummer:

Stresemann über die politische Lage.
Die Abdrosselung des Konsums. Von Dr. Otto Hugo, M. d. R. und des Reichswirtschaftsrats.
Soll das so weiter gehen?
Sie fühlen sich als Herren.
Wer sind die wahren Opfer?
Änderung der Getreideumlage.
Den Finger drauf.
Aus der Partei.

Stresemann über die politische Lage.

Auf dem ostpreußischen Parteitag der Deutschen Volkspartei, der am Sonntag in Königsberg stattfand, hielt Stresemann eine Rede, in der er nach dem Bericht der „Zeit" folgendes ausführte:

„Drei Fragenkomplexe beherrschen gegenwärtig die Erörterungen, die große Frage der Außenpolitik, die der deutschen Innenwirtschaft und die der deutschen Parteipolitik.

Außenpolitik.

In der Außenpolitik ist der unmittelbare Einfluß Deutschlands nach wie vor ein geringer. Wir sind Objekt der Gesetzgebung, vielfach auch der Laune und Willkür anderer Staaten. Noch herrscht wenigstens in Frankreich uneingeschränkt der Geist von Versailles, der uns das friedlose Europa gebracht hat, über das einer der Mitunterzeichner des Vertrages, der italienische Ministerpräsident Nitti, klagt. Siegerstaaten und Neutrale leiden unter dem weltwirtschaftlichen Chaos ebenfalls in hohem Maße. Versailles ist nicht eine Epoche kommenden Friedens gewesen, sondern der Urgrund der völligen Gärung, in der sich die Welt heute befindet. Seit diesem Frieden von Versailles wechseln nach wie vor Staatsform und Ländergrenzen, soziale Wirrnisse erschüttern die Völker, und der Osten bleibt die große Sphinx, von der noch einmal europäisches Schicksal neu ausgehen kann.

Zwei Gedankengänge kämpfen miteinander, um einen Ausweg aus diesem Chaos zu finden. Die weltwirtschaftliche Einstellung der Wirtschaft und teilweise auch die Politiker in England und in den Vereinigten Staaten von Amerika und die reine machtpolitische Einstellung, von der sich bisher die französischen Staatsmänner leiten lassen. Bisher war die französische Politik nur auf Deutschlands Schwächung und Zerstückelung eingestellt, wie sich zuletzt noch bei der oberschlesischen Entscheidung erwiesen hat. Dieselbe Einstellung bedingte Poincarés Haltung gegenüber den englischen Moratoriumsvorschlägen. In den letzten Abmachungen vermag ich nicht, wie einige Zeitungsstimmen einen völligen Sieg Poincarés zu sehen. Schließlich waren diese Abmachungen doch eine Annahme jener Vermittlungsvorschläge, die der französische Ministerpräsident vordem zurückgewiesen hatte. Man wird nicht fehlgehen, wenn man diese wenigstens teilweise Mäßigung, die auch in der Rücknahme der Retorsionen zum Ausdruck kommt, in mittelbaren Zusammenhang bringt mit dem

Stinnes-Abkommen.

Die Bedeutung dieses Abkommens liegt darin, daß der große Verband der französischen Geschädigten in unmittelbare Beziehungen zu der deutschen Industrie tritt, die gewissermaßen als Generalunternehmen für den Wiederaufbau eintritt an Stelle der bisherigen Einzellieferungen, die einen organischen Aufbau nicht möglich machten. Es ist unrichtig, in diesem Vertrag eine Erfüllung des Wiesbadener Abkommens zu sehen. Das Wiesbadener Abkommen hatte den Hauptfehler, Frankreich eine völlige Optionspolitik auf die deutsche Konjunktur zu geben, was jetzt ausgeschlossen ist. Die wirtschaftliche Bedeutung dieses Abkommens läßt sich vorläufig noch schwer übersehen, den politischen Vorteil des Abkommens aber sehe ich darin, daß es die Situation derjenigen französischen Kreise stärkt, die für eine wirtschaftliche Verständigung mit Deutschland an Stelle der Erdrosselungspolitik eintreten, die bisher gegen uns betrieben worden ist. Wenn durch den Einfluß dieser Kreise das neue Provisorium ermöglicht wurde, so gewinnen wir dadurch wenigstens Zeit für eine weitere Propagierung jener volkswirtschaftlichen Ideen, die schließlich in eine vernünftige Revision des Vertrages von Versailles ausmünden müssen. Man wird sich auch in Frankreich darüber klar sein müssen, daß die deutschen Arbeiter die Mehrleistungeen für die Erfüllung dieses Abkommens nicht auf sich nehmen werden, wenn in der Besatzungs- und Reparationspolitik Frankreichs nicht eine weitgehende Mäßigung eintritt. Eine Auswertung des Vertrages nach der Richtung der Inaugurierung einer Kontinentalpolitik mit der Spitze gegen England lehnen wir ab, sie liegt auch nicht in der Richtung derjenigen, die die Väter dieses Abkommens sind. Nur ein Zusammenwirken aller Nationen und aller Wirtschaft kann letzten Endes Europa und die Welt vor der weiteren Verelendung und dem weiteren Chaos befreien.

Die Lage im Innern.

Was ein verlorener Krieg bedeutet, zeigen die Verhältnisse in Deutschland, zeigt insbesondere die Markentwertung. Selbst der lettländische Ministerpräsident glaubt, uns den Eselsfußtritt versetzen und auf die Entwertung unserer Währung gegenüber der lettländischen Mark hinweisen zu können. Vielfach sieht man die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse fatalistisch an und verzweifelt an jeder Möglichkeit der Änderung. Trotzdem dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen. Allerdings sollen wir nicht alle Hilfe von dem Staat erwarten. Wenn Gesetze glücklich machten, wären wir das glücklichste Volk auf Erden. Es ist notwendig, auch einmal an die Gesinnung der Menschen zu appellieren. Schließlich werden die Staaten durch den Geist ihrer Bürger aufrecht erhalten oder zugrunde gerichtet. Nach dem Tilsiter Frieden erhob sich Preußen nicht durch Stärkung seiner materiellen Mittel, sondern durch die Sittlichkeit der Empfindungen, die von den Führern des Volkes ausgingen und auf das Volk weiter wirkten. Das Ringen unserer Zeit ist in eminentem Sinne ein geistiges Ringen. Staatsbejahung und Unterordnung des Ich unter den Staat stehen im Kampfe mit dem Einzelinteresse. Das Wort des preußischen Kultusministers Boelitz über freudige Staatsbejahung hat uns viel Angriffe eingetragen. Es gibt Kreise, die da fragen: „Was ist uns dieser Staat? Er entspricht nicht unseren Idealen und wir kennen die Schwächen seiner Einrichtungen wie die Schwächen der Personen, die ihn regieren!" Erinnern wir uns demgegenüber an das englische Wort: „England with all they faults, I love thee still." Ebenso muß für uns die Staatsbejahung Pflicht sein, auch wenn uns der gegenwärtige Zustand der Staatspolitik nicht gefällt. Wie töricht ist es, auch weiterhin die große geschichtliche Entwicklung eines Volkes und Staatswesens abhängig machen zu wollen von dem Zustand der Staatseinrichtungen in einer Zeit, die so sehr den Charakter einer Übergangszeit in sich trägt, wie die gegenwärtige.

Dieser Auffassung widerstreben allerdings diejenigen, die sich völlig für eine Katastrophenpolitik einsetzen und neues Leben erst aus den Ruinen entstehen lassen wollen. Wie lange aber solche Ruinen stehen bleiben können, zeigt das russische Beispiel. Wenn wir uns selbst aufgeben, haben wir überhaupt keine Möglichkeit des Wiederaufstiegs. Wir brauchen uns weder wirtschaftlich, noch politisch, noch geistig aufzugeben; auch die Anklagen gegen den Geist des deutschen Volkes sind vielfach unberechtigt. Das deutsche Volk ist niemals innerlich schlecht gewesen, auch nicht in den Revolutionstagen. Wenn es damals erst seelisch zwiespältig und dann seelisch krank wurde, so ist das zu verstehen nach den furchtbaren Erlebnissen des Krieges draußen und drinnen und nach dem Erleben eines jähen Überganges von größter Siegeshoffnung zum völligen Niederbruch. Vergessen wir nicht bei Betrachtung der Novembertage, daß sie ja gar nicht der Sieg einer starken im Volke wurzelnden revolutionären Stimmung waren, sondern weit mehr der Zusammenbruch des Alten. Schuld an dieser Revolution sind deshalb nicht die wenigen, die das Banner des Aufruhrs vorantrugen, sondern weit mehr diejenigen, die nicht die Kraft in sich fanden, ihren geschichtlich gegebenen Platz in diesen stürmischen Tagen zu behaupten. Der Weltkrieg hat in allen Völkern seelische Gärung hervorgerufen. England ringt mit dem sozialen Problem der wirtschaftlichen Umgestaltung, in Italien stehen sich Fascisten und Sozialisten mit der Waffe in der Hand gegenüber, bei uns wäre der Gesundungsprozeß weit vorgeschritten, er wäre vielleicht überhaupt längst zu einem Erfolge gekommen, wenn er nicht von zwei Seiten unterbrochen worden wäre, einmal durch die kommunistische Agitation und weiter durch den Rechtsradikalismus.

An sich hat der Kommunismus im deutschen Volke keinen großen Boden. Er kann ihn nur finden, wenn wir starke wirtschaftliche Krisen bekommen. Geistig wird ihm, wie dem Rechtsradikalismus, der Boden vorbereitet durch die Zerstörung der kulturellen Mittelschichten infolge der Geldentwertung. Herr Poincaré beschuldigt die deutsche Regierung, daß sie die Geldentwertung systematisch betreibe. Das ist ein unerhörter Vorwurf, denn die Regierung, die das täte, würde verbrecherisch handeln. Die Geldentwertung ist in erster Linie

die Folge der Politik Poincarés,

und ohne eine Änderung dieser Politik wird sie nicht aufzuhalten sein. Wir wollen uns darüber klar sein, daß eigene Schuld sie über das Maß des uns Aufgezwungenen verstärkt hat. Zu dieser eigenen Schuld gehört die Genußsucht weiter Kreise des Volkes, die in der Steigerung von Luxusbedürfnissen zum Ausdruck kommt, und die auf dem Gebiete, wie beispielsweise in der Alkoholfrage, direkt zu einer Verpestung durch Schnapsgenuß in manchen Großstädten führt. Man braucht weder Abstinenzler noch Temperenzler zu sein, um in dieser Beziehung die systematische Anreizung zum Schnapsgenuß durch Einrichtung Tausender von Likörläden als unerhört zu empfinden. Da der heutige Frieden die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ist, würde auch eine Wiedereinführung gewisser Kriegsgesetze in bezug auf die Ernährung durchaus zu verstehen sein. Viel trägt zu diesen Erscheinungen, wie selbst sozialistische Blätter des rheinisch-westfälischen Industriegebietes bemerken, die gleichmäßige Entlohnung der Jugendlichen gegenüber den Verheirateten bei. Wenn hier eine Differenzierung stattfände, würde manches Übel beseitigt werden.

Eine Verstärkung erfahren auch die wirtschaftlichen Nöte der Zeit durch die zügellose Privatspekulation in Devisen, die wir gestatten. Gewiß mag es schwer sein, mit der Gesetzgebung hier einzugreifen, aber es führt zum Niederbruch aller Staatsmoral, wenn auch solche Kreise, die da glauben, national und staatserhaltend zu sein, nichts mehr darin finden, ausländische Devisen in der Hoffnung auf weitere Entwertung der Mark zu kaufen, sich also am Niedergang des eigenen Landes zu bereichern. Der Volkswirtschaft muß der Devisenankauf möglich sein für Aufrechterhaltung ihrer Betriebe, für den Privatmann liegt nicht die geringste Berechtigung vor, an dieser Spekulation teilzunehmen. Wenn jetzt an allen Ecken und Enden Wechselstuben auftauchen, die geradezu anreizen zum Dollarkauf, dann besorgen wir selber den weiteren Niedergang unserer Wirtschaft.

Es ist auch kein Zweifel, daß

vielfach ein Warenwucher getrieben

wird. Die Angleichung der Preise an den Dollarpreis ist durchaus nicht für alle Warengattungen gerechtfertigt. Vielfach erleben wir darüber hinaus, daß die Preise nicht nur dem Dollar folgen, sondern ihm vorausgehen. In zwei Fällen hat die öffentliche Erörterung unerhörter Überteuerungspolitik bereits zu einer Herabsetzung der zunächst festgesetzten Preise geführt und damit den Beweis geliefert, daß man weit über das Maß des Notwendigen hinausgegangen ist. In solchen Fällen ist ein Eingreifen der Gesetze durchaus notwendig, und weitere energische Anwendung würde manche Ausschreitung verhindern können.

Wenn Wucher und Spekulation zurückgedämmt werden, wenn wir einigermaßen uns dadurch die Möglichkeit unserer Wirtschaft erhalten, wird der Kommunismus keine Siege erfechten. Wenn das Volk sich darüber klar ist, daß es nicht ausgewuchert wird, weder von der Entente noch von innen her, dann wird auch die Frage der Produktionssteigerung durch Erhöhung der Arbeitsleistung eher durchzuführen sein, und wir werden an ihr nicht vorbeikommen, denn wir können sie in Deutschland nicht ablehnen in einer Zeit, in der selbst die Siegerstaaten sich genötigt sehen, die höhere Arbeitsleistung durchzuführen.

Die zweite Gefahr, die die Gesundung unserer inneren Verhältnisse bedroht, kommt von rechtsradikaler Seite. Die politischen Morde von rechts waren

der beste Motor für die Radikalisierung

nach links und nur mit Mühe sind wir neuen politischen Revolutionen entgangen. Es ist sehr einfach, zu sagen, wir hätten zum Schutzgesetz nein sagen sollen. Wir standen vor der Frage der Reichstagsauflösung mit aller Aufwühlung der politischen Leidenschaften oder vor der anderen Frage einer Radikalisierung des Gesetzes durch Auslieferung der Regierung an die Unabhängigen. Heute ist der einseitige Charakter des Gesetzes im wesentlichen beseitigt und im übrigen ist das Gesetz mit einfacher Mehrheit jederzeit aufhebbar. Dabei möchte ich kein Hehl daraus machen, daß ich diejenige Bestimmung, die sich gegen die Mörderorganisationen richtet, überhaupt nicht aufgehoben wünsche, da gegenüber dieser Mordatmosphäre auch außergewöhnliche Maßnahmen berechtigt sind.

Innerpolitische Entwicklung.

Man hat die Stellung der Deutschen Volkspartei angegriffen als die einer schwächlichen Kompromißpolitik. Ist Kompromißpolitik an sich Politik der Schwäche? In einem Lande, in dem keine Partei allein ausschlaggebend ist, bleibt ihr zunächst die einzige Möglichkeit, Staatspolitik zu treiben. Man wird sie messen können an den Erfolgen, die sie erringt. Angreifbar bleibt sie, wenn sie Grundsätze aufgäbe, die von der Partei vertreten sind. Wir haben keine Grundsätze unserer Auffassung preisgegeben. Wir sind keine Novemberrepublikaner und wollen keine werden. Wenn wir die monarchistische Agitation zurückstellen, so tun wir das in dem vollen Bewußtsein, damit dem Frieden des deutschen Volkes zu dienen, das in der Zeit seines Wiederaufbaues nicht in dem Stadium innerer Zersetzung bleiben darf, während Poincaré vom Westen droht und Polen vom Osten nach unseren Grenzgebieten schielt.

Wir verwahren uns auch weiter ganz entschieden dagegen, mit denjenigen etwa einer Auffassung zu sein, die keinen Sinn haben für das Große geschichtlicher Vergangenheit und die lächerliche Bilderstürmerei treiben, die wir in der Gegenwart erleben. Wenn die republikanische Politik einsichtsvolle Führer hätte, würde sie versuchen, moralische Eroberungen dadurch zu machen, daß sie sich selber zu der großen Vergangenheit bekennte, an die sich die republikanische Zeit in Deutschland angeschlossen hat. Wie kläglich, wenn sich Deutsche scheuen, mit Bewunderung von der alten Armee zu sprechen in der Zeit, in der aus fremdem Munde, von den Engländern in Danzig, vom König von Spanien, von Vertretern der argentinischen Republik, mit Worten höchster Bewunderung der deutschen Armee gedacht wird. Gerade die deutsche Republik hätte auch am wenigsten Anlaß, einem Hindenburg den Gruß zu verweigern, dem Manne, der gerade die hohe Sittlichkeit seines Charakters bewiesen hat, als er nach dem Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschlands seine Kräfte der Republik weiter zur Verfügung stellte, der er innerlich fremd gegenüberstand.

Die Politik des Möglichen

prägt sich gegenwärtig aus in der Begründung der Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte. Auch hier sieht oberflächliche Betrachtung vielleicht eine Linksentwicklung der Deutschen Volkspartei, eine völlig irrige Auffassung. Die Arbeitsgemeinschaft der Mitte, wie sie genannt wird, ist der Versuch der Ausbilanzierung der politischen Kräfteverhältnisse in Deutschland, nachdem durch die Herstellung der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft und einer wahrscheinlich folgenden Fusion der Sozialdemokratie der Versuch eines sozialistischen Übergewichts gemacht wird, das wir weder innenpolitisch noch namentlich außenpolitisch zu tragen vermögen. Einen Bürgerblock gegen die Sozialdemokratie erstreben wir nicht.

Die Parole: Hie Rechtsblock, hie Linksblock lehnen wir ab,

aber die Hand dazu zu bieten, daß die Gleichberechtigung der nicht sozialistischen Parteien in Deutschland wiederhergestellt werde, müßten wir sofort bereit sein, wenn wir nicht der eigenen Aufgabe der Partei untreu werden wollten.

Aber von mancher Seite kommt demgegenüber die Frage „Wollt Ihr durch diese Politik die Deutschnationalen isolieren?“ Darauf antworte ich: Nein. Uns liegt nicht das geringste daran, die Deutschnationale Partei im Reich oder in den Ländern zu isolieren, aber zu unserm lebhaften Bedauern müssen wir feststellen, daß die Partei sich durch ihre Politik selbst in immer größere Isolierung hineintreibt. Wenige Stunden nach dem Rathenaumord habe ich öffentlich der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Deutschnationale Volkspartei diese Situation erfassen möge, um sich von den rechtsradikalen Elementen zu trennen und damit eine Entspannung der Lage im Reichstag und nach außen herbeizuführen. Statt dessen ist bisher nichts Entscheidendes in dieser Beziehung geschehen, und Herr Düringer, der zunächst als Redner der Fraktion in entscheidender Stunde vorgeschickt wurde, ist inzwischen von seiner eigenen Partei geopfert worden. Wir hoffen nach wie vor, daß die gemäßigte Richtung der Deutschnationalen Partei sich durchsetzen möge und nicht zurückweiche vor der vielfach extremen öffentlichen Meinung in der Partei. Die Entscheidung darüber, ob die Deutschnationale Volkspartei auch in Zukunft isoliert stehen soll, liegt in erster Linie bei ihr selbst.

Für die Deutsche Volkspartei gibt es

drei Grundlagen,

auf denen ihre Politik aufgebaut werden muß: Das ist das nationale Empfinden, das sich gegen weltbürgerliche Einstellung sträubt und ohne Macht und Autorität nach außen und innen einen wirklichen Staatsaufbau für unmöglich hält, es ist der Gedanke positiver Mitarbeit am Staate und freudiger Staatsbejahung unbeschadet der verfassungsrechtlichen Grundlage dieses Staates. Es ist drittens der Gedanke politischer und sozialer Versöhnung, der sich gegen die Trennung des Volkes nach parteipolitischen Gesichtspunkten wendet und statt dessen die Zusammenfassung von rechts wie links erstrebt.

Wir sehen aus manchen Kundgebungen der Gegenwart, daß deutschnationale Führer sich dagegen verwahren, daß ihre Partei die Fortsetzung der alten konservativen Partei wäre. Wir haben demgegenüber keine Veranlassung, nicht zu bekennen, daß wir auf den Schultern der alten nationalliberalen Partei stehen. Der heute von manchen Gruppen der „Jungen“ so leidenschaftlich befehdete Liberalismus ist als Gedanke durchaus nicht überwunden, sondern Wegweiser für politische Gedankenrichtungen, die schließlich doch immer wieder auf das Grundsätzliche hinauslaufen. Auch geschichtlich braucht der Liberalismus sich in der deutschen Geschichte nicht zu verstecken, ohne ihn hätte der geniale Baumeister das Reich nicht gezimmert, dadurch hat er die Ideenarbeit geleistet, auf denen das Reich später blühte. Von der Frankfurter Paulskirche führt nach Sedan ein trotz allem einheitlicher Weg.

Der Grundsatz des Liberalismus

„Jedem das Seine“, der sich scharf abhebt gegenüber dem demokratischen Grundsatz „Allen das Gleiche“ hat kaum je mehr Bedeutung gehabt als gegenüber den Nivellierungsbestrebungen der Gegenwart. Der Gedanke des Auslebens der Persönlichkeit steht im stärksten Gegensatz zu der engherzigen parteipolitischen Einengung des ganzen Lebens, der heute vielen für das A und O der Staatsweisheit gilt. Die Zufügung des nationalen Gedankens zum liberalen soll uns, wie Bennigsen einst an seinem siebzigsten Geburtstage sagte, vor Augen führen, daß wir im Kampfe zwischen innerer Freiheit und staatlicher Größe den Gedanken der inneren Freiheit zurückzustellen haben gegenüber der Größe und Macht des Staates.

Wir wollen aber auch lernen aus der Vergangenheit und uns klar darüber sein, daß wir einmal nicht zurück dürfen zu der doch vielfach rein materialistischen Einstellung des kaiserlichen Deutschland, und wir die Idee des Sozialismus und Kommunismus letzten Endes nur geistig überwinden können und das ein Liberalismus der Gegenwart nur ein sozialer Liberalismus sein kann. Der Auswirkung dieser Gedanken auch auf die Gebiete der Wirtschaft dürfen wir uns nicht entgegenstellen. Wir wollen in diesem Sinne nicht in den Fehler der Girondisten verfallen, die allen sozialen Nöten der französischen Revolution nur mit der einen Forderung der freien Wirtschaft, des freien Spiels der Kräfte entgegentraten, ohne sich darüber klar zu sein, daß Wirtschaftsprinzipien, die unbedingt gültig sind für normale Zeiten, nicht gültig sein brauchen für eine Zeit weltwirtschaftlicher Unordnung, wie wir sie gegenwärtig erleben.

Ein tiefer Pessimismus über die deutsche Zukunft geht vielfach durch unser Volk. Manche verzweifeln an einen Aufstieg, andere sehen die Hilfe nur von außen.

Niemand wird von außen unser Schicksal wenden

wenn wir es nicht selbst vermögen. Dazu gehört die Überwindung des Parteigeistes, dazu gehört der Zusammenhang aller Parteien in dem Gedanken einer großen deutschen Volksgemeinschaft, gehört die Überwindung des Gedankens des Klassenkampfes von links, gehört aber ebenso die Überwindung gesellschaftlicher oder sozialer Vorurteile von seiten derer, die vielfach fälschlich glauben, daß man nach dem Verlust des größten Krieges aller Zeiten und nach dem Erleben einer großen Revolution das Alte ohne Veränderung in eine neue Zeit übernehmen könne. So undankbar die Arbeit erscheint, an diesem Gedanken der Volksgemeinschaft zu arbeiten, so vielfach der Stein, den man hinaufwälzt, den Berg wieder hinabrollt, so muß diese Arbeit doch stets von neuem versucht werden, nur dann, wenn diese Arbeit gelingt, werden wir auf eine deutsche Zukunft hoffen können.

Die Ausführungen des Redners waren vielfach während der Rede von stürmischer Zustimmung der Versammlung getragen und endeten am Schluß in einer großen Kundgebung, der der Vorsitzende Worte des Dankes an den Redner hinzufügte. So bewies die Versammlung ebenso wie der voraufgegangene Parteitag den völligen Gleichklang der Empfindungen, mit denen die Partei im Lande, in der Provinz und ihrer Hauptstadt zu der Politik der Deutschen Volkspartei steht.

Die Abdrosselung des Konsums.

Von Dr. Otto Hugo,
Mitglied des Reichstags und des Reichswirtschaftsrats.

Die infolge des Währungssturzes eingetretene wirtschaftliche Not läßt alle Kreise darauf

sinnen, mit den Mitteln der Gesetzgebung Abhilfe zu schaffen. Die Tatsache, daß die Ware nach wie vor den stabilen Wert besitzt und nur die Entwertung des Geldes den unerträglichen Zustand schafft, wird in weiten Kreisen völlig verkannt. Irgend etwas soll geschehen, um die Lage zu verbessern, und so ist man denn u. a. auf den Gedanken verfallen, durch die Abdrosselung des sogenannten Luxuskonsums volkswirtschaftliche Einsparungen zu machen, die eine Erleichterung unserer Lage bringen sollen. Als erste Tat ist die **Sperrung der Tabakeinfuhr** vom Reichswirtschaftsministerium verkündet worden.

Der Zweck ist, an den Mitteln für die Aufwendung ausländischer Devisen für die Tabakeinfuhr zu sparen. Im verflossenen Halbjahr sind für 2,5 Milliarden Papiermark Rohtabak eingeführt. Die Ausfuhr an Tabak und Tabakfabrikaten betrug in derselben Zeit 0,75 Milliarden, so daß für den innneren Konsum ein Verbrauch von 1,75 Milliarden übrigbleiben würde. Nimmt man an, daß eine Abdrosselung des Konsums eine Ersparnis von 750 Millionen Mark

ir Folge haben würde, so wäre dieser Betrag der volkswirtschaftlich zu erzielende Gewinn. Im Verhältnis zur gesamten Einfuhr ist dieser Einsparungsbetrag minimal, denn die gesamte Einfuhr betrug im verflossenen Halbjahr 30 000 Millionen Mark. **Welche Folgen würde aber diese Abdrosselung des Tabakkonsums für die Wirtschaft und den Staat zeitigen müssen?**

Die erste Folge wäre eine teilweise Beschränkung der Großbetriebe und die Arbeitseinstellung für die kleineren. Dieser teilweise Leerlauf der Betriebe bedeutet zunächst eine Verteuerung der Tabakerzeugnisse des verbleibenden Inlandkonsums, dann aber auch eine Verminderung der Exportfähigkeit. Es ist ein erprobter Erfahrungsgrundsatz, daß nur durch Vollarbeit die Industrien unter Ausnutzung aller Vorteile in der Lage sind, die Exportfähigkeit zu erhalten und auszudehnen. Die wirtschaftlich geschwächte Tabakindustrie wäre jedenfalls nicht in der Lage, das Exportgeschäft so zu gestalten, wie die vollbeschäftigte, infolgedessen würde ein nicht unerheblicher Teil der Devisen, den wir durch die Wiederausfuhr gewinnen, in Fortfall kommen.

Die weitere Folge wäre die Heraufführung einer bisher in der Tabakwirtschaft erfreulicherweise vermiedenen erheblichen **Arbeitslosigkeit.** Nehmen wir an, daß durch die Abdrosselung des Konsums von den 170 000 Tabakarbeitern gemäß der Preiseinschränkung 70 000 arbeitslos würden, so ergib sich die Pflicht des Reiches, diesen Tabakarbeitern dieselbe Entschädigung zu leisten, die für die Erhöhung der Banderolensteuer vorgesehen ist. Nehmen wir an, daß sie durchschnittlich für den Arbeiter 5000 Mark betrüge, so bedeutete die Arbeitslosenentschädigung von zwei Monaten bereits die Aufzehrung der an Tabakeinfuhr einzusparenden 750 Millionen. Man wird aber ohne weiteres sagen müssen, daß eine derartige unsoziale Folge doppelt verhängnisvoll ist in einer Zeit der Teuerung wie der gegenwärtigen, in der wir alle Veranlassung haben, jede Arbeitsgelegenheit zu erhalten, die nur irgendwie zu erhalten ist. Wenn das Reichswirtschaftsministerium von der Voraussetzung ausgeht, daß die Tabakarbeiter in anderen Betrieben zu verwenden wären, so irrt es. Die Tabakindustrie ist bei uns in Deutschland in bestimmten Gebieten angesiedelt, in denen es neben dieser Industrie andere Arbeitsstätten kaum gibt. Dabei wird sowohl von dem Ministerium wie von der sozialistischen Seite aus ohne weiteres eingeräumt, daß infolge der Kreditnot eine starke Betriebseinschränkung auf allen Gebieten eintreten wird und eintreten muß. Von Umsiedelung der Tabakarbeiter in andere Betriebe kann deshalb ernsthaft gar nicht die Rede sein. Auch die Tabakindustrie kann sich nicht auf andere Produktion umstellen; dazu fehlt zurzeit sowohl das erforderliche Bedürfnis wie das Kapital, von allen technischen Gründen sonst abgesehen.

Nun ist aber zurzeit auch gar kein Bedürfnis vorhanden, noch künstliche Abdrosselungsmaßnahmen vorzunehmen. Die Kaufkraft aller Menschen sinkt derartig, daß sie sich ohnehin in Bälde durch sinkende Konsumfähigkeit äußern muß. Anderseits sind die Produkte der Tabakwirtschaft infolge ihres ausländischen Rohstoffes mit dem gesunkenen Kurse derartig gestiegen, daß die Zigarette wie die Zigarre einen sehr schwierigen Absatzmarkt finden werden. Obendrein hat das Reichsfinanzministerium den Goldzoll auf das 340fache des Grundzolls festgesetzt, woraus sich wiederum eine ganz enorme Preissteigerung ergeben muß. Für Abdrosselung des Konsums ist deshalb ausreichend Sorge getragen, so daß sich genau wie beim Kaffee Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Zölle als völlig überflüssig erweisen.

Die Sache hat aber auch eine politische und eine finanzpolitische Seite. Wir haben erst kürzlich im Reichstag eine Unsumme von Steuern bewilligt, um das Reichsdefizit zu beseitigen. Diese Bewilligung übersteigt jedes in der ganzen übrigen Welt gewohnte Maß von Steuerleistung. Die Erhöhung ist wesentlich aus dem politischen Grunde erfolgt, von uns aus die Voraussetzung für die Revision der Reparationspolitik zu schaffen. Nun bringt der Tabak in dem laufenden Jahre nach den möglichen Schätzungen allein einen Betrag von über 20 Milliarden Mark an Zöllen und Steuern in die Reichskasse. Man hat anscheinend die Absicht, auch dem Kaffee, dem Bier, dem Zuckerverbrauch zu Leibe zu gehen. Was sich noch hinzugesellen mag, weiß ich nicht, aber das eine ist sicher, daß die Durchführung dieser gesamten Politik der Konsumabdrosselung ein Loch von weit über 100 Milliarden in die Reichskasse reißen müßte. Es ist gar nicht zu verstehen, wie die Reichsregierung diese steuerpolitischen und außenpolitischen Folgen bei der Einleitung ihrer neuen Wirtschaftspolitik so außer acht lassen konnte.

Nimmt man alles zusammen, so bedeuten die Abdrosselungsmaßnahmen letzten Endes **eine empfindliche Steigerung unserer sozialen und politischen Nöte.** Tausende und aber Tausende würden in einer politisch außerordentlich erregten Zeit durch derartige Maßnahmen auf die Straße gesetzt, die Wirtschaft in ihrer Entfaltungskraft gelähmt, manche Gegenden in Deutschland geradezu der wirtschaftlichen Verzweiflung überantwortet, die gesamte Staatspolitik nach außen und nach innen über den Haufen geworfen, und das alles, um der grauen Theorie der Einsparung geringer Devisenmengen willen. Ein wirklich zu hoher Preis für das wirtschaftliche Experiment.

Es ist deshalb nur zu wünschen und zu erwarten, daß die öffentliche Meinung die Unbrauchbarkeit des sogenannten Abdrosselungsverfahrens einsieht und die Reichsregierung in letzter Stunde die drohenden Gefahren erkennt und, statt ihnen nachzulaufen, sich ihnen entgegenstemmt. Wenn wir im Innern zu all unserm Elend auch noch die wirtschaftliche Vernunft preisgeben, so fördern wir nur die Geschäfte derer, die uns von außen vernichten und im Innern in das Chaos hineinstürzen möchten.

Soll das so weiter gehen?

Als im Reichstag die Gesetze zum Schutz der Republik zur Beratung standen, verlangte die Fraktion der Deutschen Volkspartei die Aufnahme einer Bestimmung, durch die auch besonderer Schutz von Personen, Versammlungen und anderen Veranstaltungen anderer Parteien gewährleistet würde. Trotz sehr schwerer Bedenken wurde die Erfüllung dieser Forderung im Augenblick zurückgestellt, weil die Reichsregierung und besonders der Reichsjustizminister ausdrücklich versicherten, daß die neuen Gesetze mit vollster und strengster Unparteilichkeit durchgeführt werden würden, gleichgültig von welcher Seite Störungen und Angriffe kämen. Das mag aufrichtig gemeint gewesen sein. Aber eine Reihe von Vorfällen läßt leider erkennen, daß das vom Reichskanzler in der ersten Erregung nach der Ermordung Rathenaus hingeworfene Schlagwort: Der Feind steht rechts! noch immer seine verhängnisvolle Wirkung ausübt. Namentlich in Ländern mit sozialistischer Regierung wie überhaupt dort, wo sozialistische Beamte regieren, läßt man ungehindert die schwersten Ausschreitungen zu, auch wenn sie sich gegen Veranstaltungen und Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei richten. Das gilt ganz besonders von Sachsen, wo z. B. in Zwickau sich Vorgänge abgespielt haben, die jeder Beschreibung spotten. Den Gipfel erklimmt jedoch die schmachvolle Behandlung, die in Zwenkau bei Leipzig dem um sein Vaterland verdienten Heerführer General von François zuteil geworden ist. Wir lassen hier seine eigene Darstellung folgen, die unseren Lesern die erfreuliche Gewißheit bringen wird, daß der General trotz seiner Verletzungen den Humor und die Tatkraft nicht verloren und den Entschluß, sich mit seiner ganzen Persönlichkeit weiter in den Dienst seines Vaterlandes zu stellen, nicht aufgegeben hat. Sein Bericht lautet:

„Auf Veranlassung der Deutschen Volkspartei Leipzig sollte ich am 28. v. M. einen Tannenberg-Vortrag in Zwenkau bei Leipzig halten. Ein aufreizender Artikel des Unabhängigen Bethlehelm in der Zwenkauer Zeitung hatte sich gegen meinen Vortrag gewendet und auf den Schutz der Republik hingewiesen. Bereits bei Nennung des Namens Hindenburg kam der Zwischenruf: „Mörder". Danach häuften sich die Zwischenrufe derart und der Lärm wurde so groß, daß der Vorsitzende die Versammlung schloß; worauf die in der Zahl von etwa 300 anwesenden Linksradikalen ein Hoch auf die rote Armee ausbrachten und die Internationale anstimmten. Als ich den Saal verlassen wollte, stürzten die Leute mit dem Ruf „Bluthund", „Totschlagen" auf mich ein und bearbeiteten mich mit Gummiknüppeln, Stöcken und Schlagringen derart, daß ich sofort aus fünf schweren Kopfwunden stark blutete. Drei Hiebe haben die Schädeldecke ganz bloß gelegt und nur meinem harten Schädel mag es zu danken sein, daß die Schale nicht brach. — Die Staatsanwaltschaft Leipzig hat die Sache in Verfolg genommen, die sächsischen Behörden geben indessen kaum Gewähr, daß man die Attentäter zu fassen bekommt. Zu meinem persönlichen Schutz war in Zwenkau nichts getan. Der Vorfall soll mich nicht hindern, der nationalen Sache auch ferner durch Vorträge vorwärts zu helfen."

Wir sind der Ansicht, daß die Reichsregierung alle Veranlassung hat, sich der Sache energisch anzunehmen. Das Reichskriminalgesetz gibt ihr die Handhabe, dort einzugreifen, wo eine Landesregierung in grober Pflichtverletzung völlig versagt, wie es in Sachsen der Fall ist. Die Angelegenheit wird jedenfalls im Reichstag zur Sprache gebracht werden. Übrigens hat auch der Reichstagsabgeordnete Geisler (D. V. P.) in einer kleinen Anfrage die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf den unglaublichen Vorgang in Brandenburg gelenkt, wo der Bürgermeister ein Lokal, in dem das von der Reichsregierung selbst als solches bezeichnete Nationallied „Deutschland, Deutschland über alles" gespielt wurde, das vom Straßenpöbel deswegen angegriffen wurde, nicht schützen, sondern zur Strafe — schließen ließ.

Derartige Zustände sind wahrlich nicht geeignet, zu freudiger Mitarbeit zu ermuntern!

Sie fühlen sich als Herren.

Man braucht an sich die Ruhestörungen, die am 3. Sept. bei dem Demonstrationszug der kommunistischen Jugend in Charlottenburg vorgekommen sind, nicht sonderlich tragisch zu nehmen, wenn auch sehr bedauerlicher und überflüssiger Weise Blut geflossen ist. Aber der Vorfall hat doch in Verbindung mit anderen ähnlichen Vorkommnissen eine gewisse symptomatische Bedeutung und darf daher nicht unterschätzt werden. Den richtigen Hintergrund erhält er durch den Kommentar, den sich die Rote Fahne dazu leistet.

Das dauernde Hervortreten der Jugend in politischen Dingen gehört nicht zu den erfreulichsten Erscheinungen unseres heutigen politischen Lebens. Die Jugend soll lernen, vor allen Dingen Gehorsam und Einordnung in die ihr gebührende Stelle. Statt dessen finden wir, namentlich bei den radikalen Parteien rechts und

links ein bewußtes Mißbrauchen Jugendlicher für politische Zwecke, völlige Untergrabung der Staatsautorität im Bewußtsein der Jugend und daraus ergeben sich dann so verhängnisvolle Folgen, wie wir sie in der Ermordung Rathenaus auf der einen und in der Auflehnung gegen Organe des Staates auf der andern Seite leider so häufig erleben müssen. Gerade die Kommunisten schieben immer häufiger Jugendliche, Frauen und Mädchen vor, um dann ein erzwungenes Eintreten der Polizei zu weiterer wüster Hetze ausnutzen zu können. Aber die Sache hat noch eine andere Seite. Es ist in den sozialistischen Parteien aller Schattierungen immer mehr das Gefühl zutage getreten, daß sie sich völlig als Herren des öffentlichen Lebens betrachten, und je weiter man nach links geht, desto stärker, unverfälschter und unverschämter tritt dieses Herrengefühl hervor. Die Mehrheitssozialisten haben bei ihren Kundgebungen nach der Ermordung Rathenaus die Herrschaft über öffentliche Plätze und Straßen beansprucht und den Straßenbahnverkehr mitten in der Millionenstadt für Stunden und ganze Tage lahmgelegt. Das ist sicherlich kein Zeichen von Achtung für die Bedürfnisse anderer Leute. Sie sind aber wenigstens imstande gewesen, in ihren Massen Disziplin und Ordnung aufrecht zu erhalten. Dort wo Unabhängige erscheinen, geht es schon viel weniger ordentlich zu, und man darf gespannt darauf sein, wie sich innerhalb der Sozialdemokratie nach der bevorstehenden Vereinigung von Mehrheitssozialisten und Unabhängigen die Dinge entwickeln werden. Wo die Kommunisten in geschlossenen Trupps auftauchen, nehmen sie für sich das Recht in Anspruch, selbstherrlich regieren zu können und die völlige Abwesenheit jeglicher Ordnung und Disziplin gilt ihnen ebenso als Zeichen echt russischer Freiheit, wie der Sowjet-Stern in der Roten Fahne. Allen drei Schattierungen gemeinsam ist aber die völlige Unduldsamkeit Leuten gegenüber, die nicht zu ihnen gehören und die das in irgendeiner Weise kenntlich machen.

Das Wort Provokation hat allmählich eine Bedeutung angenommen, die man nicht mehr übersehen darf. Wenn sich alte Kameraden versammeln, Erinnerungen an gemeinsame Kämpfe, an gemeinsames Leiden im Weltkrieg zu pflegen, um Verstorbene zur letzten Ruhe zu geleiten und wenn sie dabei die Farben zeigen, in denen sie gestritten haben, wenn sie die Ehrenzeichen anlegen, die sie sich im heißen Ringen verdient haben, wenn sie den Rock anlegen, den sie im Schützengraben und in Schlachten getragen haben — dann ist das eine Provokation, die wüste Angriffe, Mißhandlungen und Ausschreitungen jeder Art rechtfertigt! Und nicht nur das, die Regierung unterstützt diese Auffassung, indem sie Behörden walten läßt, die schwarz-weiß-rote Fahnen verbieten, obwohl schwarz-weiß-rot heute noch die Handelsflagge des Deutschen Reiches ist, und obwohl rote Fahnen mit dem Sowjet-Stern ungehindert durch die Straßen aller Städte in ganz Deutschland — mit Ausnahme Bayerns — getragen werden dürfen. Um „Provokationen" zu vermeiden, werden Kriegervereine unterdrückt, sogar solche, die ausgesprochenermaßen Stützer der republikanischen Staatsform sind. Ein solches parteiisches Verhalten der Regierung unter dem Deckmantel des Gesetzes zum Schutz der Republik muß dazu dienen, das Herrengefühl von Straßenmobs, kommunistischer Jugend und ähnlicher Herrschaften so zu steigern, daß sie es schon, wie die Rote Fahne, wiederum als eine „Provokation" ansehen, wenn die Polizei mit wahrer Engelsgeduld Ordnung schaffen will und schließlich in größter Bedrängnis selbst zur Waffe greifen muß. Man verhehle sich in Regierungskreisen nicht die gewaltige Gefahr, die darin liegt, daß man selbst dazu beiträgt, die Achtung vor der eigenen Autorität dauernd zu erschüttern und zu untergraben. Das ist Wasser auf die Mühle der Kommunisten, die es planmäßig darauf absehen, Teuerung und Hunger zur Vorbereitung des Bodens zu benutzen, in dem die Saat kommunistischer Hetze als blutiger Aufruhr aufgeht.

Wer sind die wahren Opfer?

Wir geben hier gern dem Schmerzensschrei einer deutschen Frau im besetzten Gebiet Raum. Sie wendet sich an die Frauen der ganzen Welt, uns zu helfen im Kampf für Wahrheit, Recht und Freiheit, gegen die sogenannten Garantien Poincarés.

Shylock bestand auf seinem Schein, da griff eine Frau ein und bewahrte Shylock davor, ein Mörder zu werden. Frankreich besteht dem deutschen Volke gegenüber auf seinem Schein, unbekümmert ob es dadurch Millionen Deutscher nach dem Leben trachtet. „Es leben 20 Millionen Deutsche zu viel", hat Herr Clemenceau gesagt. Diese 20 Millionen werden zugrunde gehen durch Frondienste, durch Überarbeiten der Frauen, durch Schädigung ihrer Gesundheit. Denn an wem rächt sich der Vertrag von Versailles? Doch hauptsächlich an uns Frauen, die nur durch Fleiß und Sparsamkeit eine verminderte Lebenshaltung für die Familie bewerkstelligen können. Wir wollen uns in Fleiß und Sparsamkeit gerne üben, aber nur bis zu dem Grade, den unsere Kraft und unsere Lebensfähigkeit zuläßt. Die Forderungen, die an uns gestellt werden, sind aber so groß, daß sie unsere Kraft übersteigen, und so weit haben wir trotz allem guten Willen — das von einem Teil unseres Volkes gegebene Wort zu erfüllen — doch das Recht, übertriebene Forderungen zurückzuweisen, die unser Leben und das Leben unserer Familien bedrohen. Durch jede neue Zwangsmaßnahme sinkt unsere Valuta noch mehr und wir können uns dann trotz Anspannung aller Kräfte, trotz des größten Fleißes, nicht mehr genug Lebensmittel kaufen, um unser Dasein zu fristen.

Um einen Vorwand gegen die Abrüstung zu haben, sehen die Franzosen immer ein bewaffnetes Deutschland, obwohl wir alles Geforderte abgeliefert haben. Nun fragen wir deutsche Frauen, wer uns Schutz geben soll, da unsere Militärmacht gebrochen ist? Sind denn nicht wir es, die Garantien brauchen gegen ein bewaffnetes fremdes Heer, das am Rhein steht? Wo sind unsere Garantien gegen ungerechtfertigte Zwangsmaßnahmen? Haben wir nicht die Sanktionsakte in Schlesien und Polen gesehen? Wer bietet uns dagegen Schutz? Frankreich hat seit dem Jahre 1871 Haß gegen uns Deutsche gesät und Revanche gepredigt. Will es weiter immer nur Haß säen? Denn der muß unausbleiblich kommen, wo ein solcher Zwang geübt wird. Ein Mensch, der frei geboren ist, kann keinen Zwang ertragen, auch nicht wir deutschen Frauen.

Kein Mörder darf zum Tode oder zu Zwangsarbeit verurteilt werden, ehe nicht der Tatbestand nach bestem Wissen und Gewissen aufgenommen und der Wahrheit die Ehre gegeben wird. Warum läßt die Welt es zu, daß man uns verurteilt, ohne ein rechtliches Verfahren zur Ermittlung der Wahrheit? Warum verschließen unsere Gegner so ängstlich ihre Archive? Sie wissen nur zu gut, wer die Verantwortung für den Krieg trägt. Herr Poincaré sagte kürzlich in der französischen Kammer: „Der Friede sollte kein Gewaltfriede sein" — welcher Hohn auf die Wahrheit — „deshalb brauchten wir die deutsche Kriegsschuld als moralische Grundlage!" So weit hat sich die Welt von der Wahrheit entfernt, daß die Lüge zur Moral erhoben wird. O Blütezeit der Décadence! Verfall des Abendlandes! Soll es so weit kommen? Noch ist es Zeit, dem Abwärtsrollen Halt zu gebieten, es ist aber höchste Zeit! Helft ihr Frauen! Wir Deutschen rufen alle edlen Frauen der ganzen Welt an, helft, daß endlich die Lügenhülle fällt, die eine Kette von Feinden um uns gezogen hat. Wir haben die Beweise in Händen. Viele Dokumente sind veröffentlicht worden, die der Wahrheit zum Durchbruch verhelfen. Doch die Gewaltpolitiker wollen davon nichts wissen. Sie kämen um ihr gutes Geschäft. Und doch müssen wir fordern, daß die Wahrheit ganz ans Licht gefördert wird, wir müssen dies fordern um unserer Ehre willen, zu unserer Selbsterhaltung, und wir haben ein Recht dazu. Hier müßten alle Frauen zusammenstehen, daß einmal das formale Recht, das der Gewaltherrscher sich nimmt, nur berechtigt sein darf, wenn es auf wirklicher Moral beruht, auf einer Moral, die vor Gott und unserm Gewissen bestehen kann. Dies bedeutet den Kampf der Wahrheit wider die Lüge, den Kampf in Christus wider den Antichrist. Die Verbreitung der Wahrheit wird vielen Millionen Menschen das Leben retten, wird anderseits Menschen, die in wahnsinniger Verblendung ihren Vorteil suchen, indem sie sich vor Gott und der Welt fortgesetzt schuldig machen, vor weiterer Schuld bewahren. Möge es unsern sogenannten Gläubigern zur Beruhigung dienen: wir wollen Frankreich, das durch den Krieg verwüstet wurde, wieder aufbauen helfen, doch als freie Menschen, denen ihr Eigentum zurückerstattet wird, das man ihnen widerrechtlich geraubt hat. Nur so kann es endlich Friede werden, auch für uns

Zur Orientierung über die Wahrheit dürften folgende Bücher besonders beitragen: „England als Zeuge für Deutschlands Unschuld am Weltkriege" von Waldemar Schütze (Verlag von Hans Robert Engelmann-Berlin). Es ist dies die Übersetzung einer Schrift, die im Mai 1915 in New-York in englischer Sprache unter dem Titel: „England on the witnes stand" (England auf der Zeugenbank) erscheinen sollte, deren Erscheinen aber aus begreiflichen Gründen verhindert wurde. Die Lügenpresse Lord Northcliffs wurde nicht behindert, in alle Welt verstreut zu werden. Ein weiteres Buch dürfte geeignet sein, der Legende von Deutschlands Schuld am Kriege entgegen zu arbeiten. Es ist das kürzlich im Verlag Tiber in Rom in italienischer Sprache erschienene Buch von T. Palamenoliti-Crispi: „Wer ist für den Krieg verantwortlich?", ein historisch politischer Versuch. Dieses Buch ist eine rückhaltlose, mutige und ehrliche Verteidigung gegen die Versailler Schuldlüge und damit gegen den Versailler Frieden. Es handelt sich nicht um die Frage: Wer hat den Krieg erklärt?, sondern um die andere: Wer ist für den Krieg verantwortlich? Jene ist eine Formfrage. Hier aber geht es um die Sache. Der Verfasser hat sich bemüht, objektiv zu urteilen und die Tatsachen jeglicher persönlicher Schärfe zu entkleiden. Um so wertvoller ist für uns das Ergebnis des Werkes. Deutschland ist nicht allein schuld an dem Ausbruch des Krieges, wie sie ihm der Versailler Friede aufbürdet. Der Urteilsspruch, der sich auf diese Überzeugung gründet, ist nicht unwiderruflich, darf es nicht sein. Der Versailler Friede muß revidiert werden, denn er ist ein Unrecht. Wir Frauen haben ein Recht darauf, diese Revision zu verlangen, und wir bitten alle edeldenkenden Menschen: Helfen Sie, die Wahrheit ans Licht zu bringen.

Änderung der Getreideumlage.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags hat sich in einer Feriensitzung erneut mit der Frage der Getreideordnung beschäftigt. Bei dieser Sitzung hat auch der Reichsernährungsminister zugeben müssen, daß das Anfang Juli

verabschiedete Getreidegesetz nicht durchzuführen sei. Als erste der politischen Parteien hat die Deutsche Volkspartei durch die Entschließung ihres landwirtschaftlichen Ausschusses die Initiative ergriffen auf eine Änderung des Umlagegesetzes hinzuwirken. Da es möglich ist, daß der Reichstag während der nächsten Zeit zu einer kurzen Tagung zusammenberufen wird, um über diesen Gegenstand erneut zu beraten, ist es notwendig, noch einmal die Gründe vorzubringen. die gegen das Getreideumlagegesetz sprachen und nach Entwicklung der Dinge in der letzten Zeit selbst von den gewissenlosesten Demagogen nicht übersehen werden können.

Der Widerstand gegen die Getreideumlage gründete sich in erster Linie auf die von der Regierung verlangte Ablieferungsmenge von insgesamt 2½ Millionen Tonnen und die Regelung der Preisfrage. Daß eine Menge von 2½ Millionen Tonnen von der Landwirtschaft nicht aufzubringen ist, dürfte im Hinblick auf den Ausfall der Ernte völlig erwiesen sein und dem wird auch von der Regierung nicht widersprochen. Fast allen Ländern und Provinzen ist inzwischen ein Nachlaß von der Ablieferungsmenge wegen der Mißernte zugebilligt worden. Man kann schon von einem Durchschnittssatz von 50 Prozent sprechen. Bei dieser Gelegenheit muß noch einmal darauf hingewiesen werden, daß die Annahme des aus demagogischen Gründen eingebrachten Antrags Dr. Böhme. die Befreiungsgrenze für Kleinbetriebe bis auf zwei Hektar der Getreideanbaufläche, resp. fünf Hektar der Gesamtbetriebsfläche zu erhöhen, ohne daß das Gesamtsoll der Umlage ermäßigt würde, für sich allein schon die Durchführung der Umlage unmöglich macht. Im Einzelnen ist der Nachweis hierfür von dem volksparteilichen Abgeordneten Harte in Nr. 137 der Nationalliberalen Correspondenz schlüssig erbracht worden. Ein Ausweg aus der durch diese Bestimmung wie besonders durch die schlechte Ernte geschaffenen Lage kann nur dadurch gefunden werden, daß die Gesamtmenge des Ablieferungssolls ganz erheblich herabgesetzt wird.

Ebenso wichtig ist die gründliche Änderung der Preisbestimmung für Umlagegetreide. Im Gesetz ist ein fester Preis von 345 Mark für den Zentner Roggen festgesetzt. Das bedeutet etwa eine einundvierzigfache Steigerung (4100 Proz.) gegenüber dem Friedenspreis. Dagegen haben sich in der Zwischenzeit die Betriebskosten infolge der Geldentwertung in unvergleichlichem Maße erhöht. Das schwefelsaure Ammoniak weist bis August 1922 eine Preissteigerung von 6581 Proz gegenüber dem Frieden auf, Kalistickstoff von 6891 Prozent, Superphosphat von 10 620 Proz., Thomasmehl 14 790 Prozent, nur etwas weniger Kalidüngemittel. Mit weiterer Preissteigerung der Düngemittel ist bestimmt zu rechnen. Die Reichsindexziffern für Juli 1922 ergeben eine Preissteigerung gegenüber dem Frieden bei Häuten und Leder von 12 687 Prozent, Kolonialwaren 13 076 Prozent, Metalle und Petroleum 10 832 Prozent, Textilwaren 13 902 Prozent. Die Landarbeiterlöhne stiegen während der letzten Monate (vom 1. Mai bis 15. August) ebenfalls um ein Beträchtliches, in Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Thüringen auf das Doppelte, im Rheinland und anderen Gegenden auf das 1½-fache und nur in ganz wenigen Gebieten des Reiches um ein Geringeres. Die Kohlen- und Eisenpreise sind seit der Abfassung des Getreidegesetzes ebenfalls mehrfach erhöht worden. Dazu kommt, daß in der nächsten Zeit keineswegs mit einem Abschluß dieser Preisbewegung zu rechnen ist, sondern im Gegenteil ein weiteres Ansteigen als sicher angenommen werden kann. Kaum 14 Tage nach Verabschiedung des Umlagegesetzes hatte deshalb die Demokratische Partei, die mit geringen Ausnahmen vorher eifrige Verfechterin desselben gewesen war, in einer Anfrage an die Regierung auf das Mißverhältnis zwischen Umlagepreis und landwirtschaftlichen Produktionskosten hingewiesen.

Jetzt wird sich weder die Regierung noch irgendeine Partei der Tatsache verschließen können, daß die Preise für das abzuliefernde Getreide in gar keinem Verhältnis mehr zu den Produktionskosten der Landwirtschaft stehen. Also wird eine Preisänderung unbedingt zu erwarten sein. Aber es muß mit allem Nachdruck gefordert werden, daß nicht wieder ein fester Preis berechnet, sondern die ursprüngliche Forderung der Deutschen Volkspartei berücksichtigt wird, den Getreidepreis der jeweiligen Geldentwertung anzupassen. Folgerichtig müßte der freie Marktpreis zugebilligt werden, da in ihm die Steigerung der Produktionskräfte am deutlichsten und sichersten zum Ausdruck kommt. Sollten Regierung und Reichstagsmehrheit aber weiter auf ihrem Standpunkt beharren, der Landwirtschaft eine Sondersteuer aufzuerlegen, dann steht zu erwarten, daß der Reichsrat mit aller Entschiedenheit auf seine alte Forderung zurückkommen wird, einen bestimmten Prozentsatz des Marktpreises (seinerzeit wurden von ihm 75 Prozent gefordert) zu verlangen.

Gerade der Gesichtspunkt, die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft zu erhalten und womöglich zu steigern, war leitend für die Haltung der Deutschen Volkspartei in allen landwirtschaftlichen Fragen und besonders bei der Behandlung des Getreideumlagegesetzes. Die Entwicklung hat ihr recht gegeben. Was es mit dem Schlagwort vom billigen Brot auf sich hat, ersieht man aus der Preissteigerung des Markenbrotes, das noch aus den alten Beständen der Reichsgetreidestelle hergestellt wurde. Es ist nachgewiesen worden, daß der Anteil der Landwirtschaft am Brotpreis unter der Zwangswirtschaft wie bei freier Wirtschaft ein verhältnismäßig geringer ist. Jetzt handelt es sich darum, ohne Rücksicht auf Straßendemagogie die Landwirtschaft in die Lage zu versetzen, ihre Produktion aufrecht zu erhalten.

Herr Reichsernährungsminister Fehr möge sich hierbei ein wenig mehr an das Beispiel seines Amtsvorgängers halten. Er möge auch eine Lehre daraus ziehen, daß er sein Versprechen, die Brotgetreideordnung nicht ohne Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Organisationen zu regeln, zu seinem und des Staates Schaden außer acht gelassen hat und lieber dem Drängen nicht sachverständiger und die Verantwortung nicht spürender Faktoren gefolgt ist.

Jeder Parteifreund werbe für Beobachter-Abonnements und Anzeigen!

„Den Finger drauf."

Achtstundentag und Wiedergutmachung.

„Der größte Betrüger der deutschen Arbeiterschaft", so schreibt das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, „ist derjenige, der einmal den achtstündigen Arbeitstag zum Dogma erhebt und zum zweiten erklärt, daß Deutschland fähig sei, unter dem Achtstundentag die ihm auferlegte Kriegsentschädigung zu zahlen. In der Regel sind es die Sozialisten und Linksradikalen aller Art, die der Arbeiterschaft vorreden, beides lasse sich recht gut ermöglichen. Verweist man sie darauf, daß es undurchführbar sei, aus den Erträgnissen der deutschen Arbeit die Kriegsschuld zu begleichen und dazu die übrigen Lasten, die uns die Entente auferlegt, zu zahlen, so kommt bestimmt der Hinweis auf die Erfassung der Sachwerte . . . Daß dieses ein Trugschluß ist, unter dem die deutsche Arbeiterschaft am meisten zu leiden haben würde, weiß jeder, der auch nur über die geringsten volkswirtschaftlichen Kenntnisse verfügt." Der deutsche Arbeiter, der aus der gegenwärtigen Lage einen Weg der Rettung sucht, ist in erster Linie auf die Mehrarbeit angewiesen, um so viel Werte zu erzeugen, daß sowohl die Ansprüche der Entente befriedigt werden können, als auch für das deutsche Volk selbst genügend Möglichkeiten vorhanden sind, sich anständig zu ernähren. Wenn es Leute gibt, welche hiermit die achtstündige oder eine noch kürzere Arbeitszeit für vereinbar halten, so nennt das erwähnte Blatt diese Auffassung einen „glatten Wahnsinn", es schließt mit der Bemerkung, anstatt der achtstündigen Normal-Arbeitszeit müsse wenigstens 14stündige kommen, wenn sich das deutsche Volk erhalten will.

*

Meineid und Hochverrat.

Es wird überall nicht nur im Lande, sondern in der ganzen Welt beträchtliches Aufsehen erregen, daß heute, fast vier Jahre nach der Revolution, der Kardinal Faulhaber in München die Revolution in breitester Öffentlichkeit vor dem deutschen Katholikentag als Meineid und Hochverrat bezeichnet hat. Gleichzeitig hat sich der Kirchenfürst in ungemein scharfen Worten gegen die „Gesetzesmacherei" seit der Revolution gewandt und den unkirchlichen, stellenweise religionsfeindlichen Charakter der Republik gegeißelt. Diese Äußerungen stehen in einem merkwürdigen Gegensatz zu der Gesetzgebung zum Schutz der Republik und man darf in hohem Grade gespannt darauf sein, wie sich das Zentrum, namentlich dessen Reichstagsfraktion, dazu stellen wird. Es weht eben doch in Bayern eine andere Luft als im Reich. Die Erklärung wird wohl darin liegen, daß man dort bereits die Segnungen einer Räteregierung nach russischem Muster am eigenen Leibe erfahren hat und für Wiederholungen dankt, übrigens genau wie in Ungarn.

*

„Schullesebuch-Floskeln."

Anläßlich seines Münchener Aufenthaltes hat der greise Feldmarschall von Hindenburg mehrere beherzigenswerte Ansprachen gehalten, die es dem „Vorwärts" angetan haben. Hindenburg sprach von der „Erhaltung des alten deutschen Geistes", er sprach davon daß wir „mit Gottes Hilfe wieder zu Ehren kommen wollen", er nannte die ruhmbedeckten Fahnen der Regimenter „ehrfurchtgebietende Feldzeichen" und entbot den ihn begrüßenden Reichswehrtruppen einen „kameradschaftlichen Willkommengruß". Das alles ist dem Vorwärts auf die Nerven gegangen. Da das „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands" in seinem politischen Teil früher selbst dem Feldmarschall für seine Dienst um das Vaterland den Dank ausgesprochen hat und es ihm hoch anrechnete, daß er, der mit seinen ganzen Anschauungen in der alten Zeit wurzelte, sich nach der Revolution den neuen Machthabern zur Verfügung stellte, so hat er es jetzt der Feuilletonredaktion überlassen, Hindenburgs Münchener Reden herunterzureißen. Es wird Hindenburg der „geistige Horizont" und die Kenntnis des Goetheschen Faust abgesprochen,

und der Redner Hindenburg als „fleischgewordene Banalität“ bezeichnet. „Die Ehre des Vaterlandes“ aber ist für den Vorwärts ein „Schullesebuch-Floskel“. Das richtet ihn selbst.

*

Bewußte Irreführung?

Der Vorwärts bringt in seiner Morgenausgabe vom 31. August 1922 in einem „Slowenen in Westfalen“ überschriebenen Artikel die Nachricht, daß das Kultusministerium sich grundsätzlich mit der Einrichtung slowenischer Schulen in Westfalen einverstanden erklärt habe. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, beruht diese Nachricht auf einem Irrtum.

*

Die Not der geistigen Arbeiter.

In der zweiten Septemberwoche sollte in Hamburg der 23. Anwaltstag stattfinden. Der Vorstand des Deutschen Anwaltsvereins hat sich gezwungen gesehen, den Anwaltstag abzusagen, da Tausende von deutschen Rechtsanwälten in ihrer Existenz bedroht sind und die Kosten für die Reise nach Hamburg und den Aufenthalt dort nicht bestreiten können. Deutschland verarmt nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell!

*

Gendarmen statt Brot.

Die Not Deutsch-Österreichs ist aufs höchste gestiegen. Nachdem die Entente auf der Londoner Konferenz die Lösung der österreichischen Frage abgelehnt und dem Völkerbund überwiesen und damit vorläufig vertagt hatte, war Österreich gezwungen, die Bahnen seiner „Erfüllungspolitik“ zu verlassen und sich selbst nach Hilfe umzusehen. Die Kleine Entente und deren Beschützerin, Frankreich, fürchten nun eine Annäherung Österreichs an Italien, anderseits möchte die Kleine Entente selbst in Wien die Vorherrschaft erringen. Nach Pariser Blättermeldungen ist die französische Regierung jetzt auf den genialen Gedanken gekommen, den Österreichern vom Völkerbund zunächst einmal eine — internationale Gendarmerie geben zu lassen! Man will offenbar allen Möglichkeiten vorbeugen. Die Österreicher werden sicher außerordentlich erfreut sein, wenn sie statt des dringend benötigten Brotgetreides eine internationale Polizeitruppe erhalten, mit der sie womöglich ihre kargen Lebensmittelrationen teilen dürfen. Der Gedanke, man müsse „zunächst einmal“ Gendarmen nach Österreich entsenden, konnte nur in den jedes menschlichen Gefühles baren Köpfen der Franzosen entstehen.

*

Selbstlose Arbeiter.

Die japanische Stadt Fukuschima ist der Mittelpunkt der japanischen Seidenindustrie. Dort haben die Arbeiter eine zehnprozentige Lohnherabsetzung verlangt mit der Begründung, daß die japanische Seidenindustrie schwer darniederliege und die Fabrikanten am Rande des Bankerotts stehen. Ob wohl anderwärts die Arbeiterschaft ähnlich vernünftigen Erwägungen zugänglich ist?

Aus der Partei.

Die Notlage der Presse.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann hat an den Reichspostminister eine Eingabe gerichtet, worin er im Interesse des Zeitungsgewerbes die Forderung aufstellt, daß die Reichspostverwaltung mit sofortiger Wirkung die Bestimmung aufheben möge, wonach der Postbezug der Zeitungen auf ein ganzes Vierteljahr im voraus, und zwar 34 Tage vor Beginn des Vierteljahres, festgelegt werden muß. Es sei für die Zeitungsverleger eine Unmöglichkeit, die Preise für den Bezug der Zeitungen im voraus für einen Zeitraum von vier Monaten festzulegen und sich auf die freiwillige Nachzahlung der Postbezieher zu verlassen. Zusammen mit den übrigen Umständen sei diese Bestimmung von verhängnisvoller Wirkung auf die Zeitungsverlage. Wenn die vorzugsweise auf den Postbezug angewiesenen Zeitungen überhaupt noch weiter bestehen sollen, müsse fürs erste diese Bestimmung fallen. Angesichts der Notlage der Presse sei eine entsprechende beschleunigte Verfügung der Reichspostverwaltung unbedingt notwendig.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1. (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich P. Nitschke. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

Erneuerung des Beobachter-Abonnements!

Wir machen alle Parteifreunde, soweit sie den Beobachter durch die Post beziehen, d. h. das Abonnementsgeld bei der Post einzahlen auf die Erneuerung des Beobachter-Abonnements aufmerksam. Gleichzeitig bitten wir auf die Lässigen und Lauen einzuwirken, damit der Beobachter endlich von sämtlichen Parteifreunden gelesen wird. Hier ist noch viel Kleinarbeit zu leisten und wir würden uns freuen, wenn wir da die weiteste Unterstützung aller Kreise fänden.

Wer den Beobachter noch nicht hat, bestelle denselben sofort bei der Post!

M. Stern Aktiengesellschaft
Essen
Fernruf: Amt Essen 9340 bis 9348 und 9206 bis 9209.
Für die Lagerbetriebe: Amt Gelsenkirchen 480 bis 483.
Schrottbedarf aller Art. | Bleche aller Art. | Nutzeisen.
Schrottzerkleinerungswerke. Späneblockwerke.
Vertreter:
Fritz Henk, Kreuztal, Kr. Siegen, Bismarckstraße 79.
Fernruf 131 Amt Kreuztal.

Frühstücks-Services
Reichste Auswahl für den herrschaftlichen u. bürgerlichen Tisch
J. WELTER
Kornmarkt 12–16.

Wäschehaus Franz Schartiger
Siegen
bietet an:
Oberhemden, Herren-Unterzeuge, Kragen, Krawatten.
Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

Jeder bestelle den Beobachter.

Justus Stahlschmidt'sche Werke G. m. b. H.
Kreuztal Krs. Siegen.
Lochanstalt,
Kesselschmiede, Apparatebau
Blechschweisserei.

J. H. Kurth, Kreuztal
Karbid-Großhandlung
Autogene Schweiß- und Schneidanlagen nebst Zubehörteilen
der Chem. Fabrik Griesheim-Elektron in Frankfurt a. Main.

Eisen- und Metallwerke
G. m. b. H.
Ferndorf
Kreis Siegen
liefern:
Zahnräder
Stirn-, Schnecken- und Schraubenräder, Schnecken kompl. und Verzahnen eingesandter Körper :: :: ::

Friedrich Müller
Uhren u. Goldwaren
Siegen, Bahnhofstr. 16.

Gut erhaltener Schreibtisch und Bücherschrank zu kaufen gesucht.
Gefl. Angeb. mit Preisangabe u. kurz. Beschreibung unt. F. F. 29 a. d. Gesch. d. Ztg.

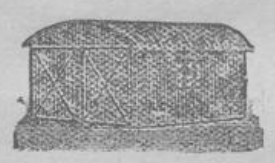
BURBACHBETON

Baugesellschaft mit beschränkter Haftung

KROMBACH, KREIS SIEGEN.

Weidenau.

Kurzfristig lieferbar, **Wellblech-**



Lagerliste auf Wunsch.

Autogaragen

Gebr. Achenbach

G. m. b. H.,

Weidenau-Sieg. — Postfach Nr. 247.

Paul Haubrich

Inhaber der Niederlage von Tengelmanns Kaffeegeschäft

Kolonialwaren, Delikatessen und Weinhandlung

Wilhelmstraße. — Ruf 406.

Präcisions-Zahnräder

aller Art.

Stirn-, Schnecken- und Schraubenräder

nach dem Abwälzverfahren.

Rohhaut-Räder. Zahnstangen

Verzahnen von vorgedrehten Radkörpern schnell u. billig.

Maschinenfabrik Ed. Sprenger

:-: :-: **Weidenau.** :-: :-:

Löwen-Drogerie

Fritz Müller

Drogen, Chemikalien, Parfümerien, Verbandstoffe. Weine, Liköre, Spirituosen.

Photo-Artikel. — Oeffentliche Dunkelkammer.

Untere Friedrichstrasse. :-: Ruf 891.

HOTEL PATT

(Haltestelle der Straßenbahn)

Erstes u. ältestes Haus am Platze

Gute und billige Verpflegung.

Wilhelm Schweisfurth

Hüte, Mützen, Regenschirme, Herrenwäsche, Schlipse, Hosenträger.

Wilhelmstraße, Ruf 778

(Haltestelle Hotel Patt.)

August Braun

Büromöbelfabrik

Untere Friedrichstraße. – Fernruf 638.

H. Capito & Co.,

Weidenau-Sieg

Fernruf 149 Lager U. Friedrichstr. 12.

Stab-, Band- und Formeisen aller Art.

Eisenbleche

Röhren- und Verbindungsstücke.

Sämtliche Kleineisenwaren.

Johann Reinhard

Manufaktur- u. Modewaren

Kurz-, Weiß- u. Wollwaren

Damen-, Herren- u. Kinderkonfektion

Spezialität: Herrenartikel

Wilhelmstr. :-: Ruf 387

Josef Thelen

pezialhaus für Innendekoration, Lederwaren und Reiseartikel

Wilhelmstraße (Haltestelle Post),

Ruf 1180.

Möbelhaus Flender,

Tel. 1244 Weidenau-Sieg Tel. 1244.

Wohnungseinrichtungen

in einfachster bis vornehmster Ausführung.

Einzelmöbel — Büromöbel — Sarglager.

Schuhhaus

Paul Saßmannshausen

empfiehlt sich beim Einkauf

erstklassiger Schuhwaren

Wilhelmstr. (Haltest. Hotel Patt) Ruf 836.

C. W. VOGEL

G. M. B. H.

ROHRLEITUNGEN BEHÄLTER DRUCKKESSEL KAMINE

EISEN- U. BLECHWAREN-FABRIK KESSELSCHMIEDE SIEGEN I. W.

BLECHARBEITEN GENIETET GESCHWEISST ROH U. VERZINKT

Albert Grimm

Uhren u. Goldwaren, Optik.

Eigene Reparaturwerkstätte

Wilhelmstraße.

Zigarren-Spezialgeschäft

Heinrich Sänger

Allervorteilhafteste Bezugsquelle in **sämtlichen Tabakfabrikaten** für Wiederverkäufer zu Originalpreisen

Untere Friedrichstr. Ruf 1259.

NÖH & BUCH

NIETEN-FABRIK

WEIDENAU/SIEG

KESSEL-, BRÜCKEN- SCHIFF- VERSENK- **NIETEN** GITTER-, BLECH- U. FASS-NIETEN

IN ALLEN METALLEN

K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)

Tel. Amt Kreuztal 59 **Eisenbahn-Baugeschäft** Tel. Amt Siegen 1235

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.

Übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Maurer-, Beton- und Wasserarbeiten.

BARMER BANK-VEREIN

Hinsberg, Fischer & Comp.

SIEGEN

empfiehlt sich zur Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.

Deutsche Volkspartei

Siegen, Brüderweg 1.

An alle Mitglieder und Freunde der Deutschen Volkspartei!

Wie bekannt, findet am **7. und 8. Oktober der Parteitag der Deutschen Volkspartei** für Westfalen-Süd in Siegen statt. Außer den Führern Stresemann, Boelitz, Vögler, Quaatz usw. werden noch ungefähr 7–800 Vertreter in den Mauern unserer Stadt weilen. Bei der heutigen Wohnungsnot ist die Unterbringung so vieler Gäste eine schwierige Aufgabe, die nur gelöst werden kann, wenn alle Mitglieder und alle Parteifreunde uns dabei unterstützen, indem sie vorhandene Schlafgelegenheiten uns zur Verfügung stellen oder wo sie nicht vorhanden sind, noch solche herrichten. Wir treten deshalb an Sie mit der Bitte heran, uns für den 7. und 8. Oktober (also 1 oder 2 Nächte) Betten oder sonstige Schlafgelegenheiten zu überlassen. Wir sprechen diese Bitte in der Hoffnung aus, daß sich die Siegener Gastfreundschaft, wie bereits bei anderen Gelegenheiten, so auch diesmal auf das Beste bewähren wird, und schließen mit der herzlichen Bitte:

„Geben Sie uns Quartiere für den Parteitag!"

Anmeldungen nehmen entgegen die Helfer und Helferinnen, die bei den einzelnen Familien nachfragen werden, die Bezirksvorsteher und die Geschäftsstelle.

Der Vorstand.

HOTEL HUTHSTEINER.

Arnold Schreiber, Ferndorf, Kreis Siegen.

Generalvertretung

der Firma **Otto E. Meise, Hamburg,** Oele, Fette, Putzwolle und der Firma **J. J. Glorius, Magdeburg,** Farben und Lacke.

Herstellung von Feilen aller Art

Aufhauen stumpfer Feilen

Lieferung von Metallsägen jeder Gattung.

Gegr. 1875.

Feilenfabrik und Schleiferei

Wilhelm Hähn

G. m. b. H., Ferndorf.

Gebr. Wolf, Siegen

Sondergeschäft für Bürobedarf.

Schreibmaschinen

Rechenmaschinen

Vervielfältiger

und deren Zubehör.

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern

Reparaturen alter Ambosse.



Matrizenstahl.



Geschmiedetes Ia. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.

Schmiedestücke.

Rheinmetall

Schreibmaschinen

Sofort lieferbar.

Prospekte zur Verfügung durch die Vertretung

Wilh. Lemke, Siegen i. W.

Fernruf 2011. Löhrstraße

Büro-Bedarf.

Ernst Giesler & Co. G. m. b. H.

Kreuztal, Kr. Siegen.

Fernspr. 103. Telegramme: Metallgiesler.



Kenner verlangen

Krombacher Pilsener

helle und dunkle Biere wegen ihrer besonderen Güte.

Hasbrauerei A.-G.